

Grundstück soll eine Preissteigerung um 20 M. die Tonne erfolgen, wozu 10 M. für den Bau von Bergarbeiterwohnungen und 2 M. für Beschaffung von Lebensmitteln für die Bergleute bestimmt sind. Darüber hinaus soll eine weitere Erhöhung für Brennholze erfolgen, um durch Verbesserung der technischen Leistungsfähigkeit der Fellen eine Förderung in Höhe der Preissteigerung zu ermöglichen. Die neue Preissteigerung liegt noch nicht fest, sie soll aber noch, wie uns gemeldet wird, über den anderweitig genannten Satz von 20 M. die Tonne hinausgehen, so daß mit einer gesamten Preissteigerung der Kohlenpreise um annähernd 40 M. die Tonne gerechnet werden muß, wenn in der Sitzung des Reichskohlenrates die dazugehörigen Anträge des Kohlenyndikates angenommen und dem Reichswirtschaftsminister genehmigt werden.

Es erkennt und durchaus versteht, die Kosten für die notwendige Herstellung von Bergarbeiterwohnungen durch eine Erhöhung der Kohlenpreise aufzubringen. Die Gründung gemeinsamer Siedlungsgenossenschaften mit Beteiligung von Reich, Staat, Gemeinden und Bergwerksbesitzern wäre hierfür sicher zweckmäßiger und würde die Konsumenten davor schützen, durch eine zu erhebliche Steigerung der Kohlenpreise über Gebühr geschädigt zu werden, wodurch das ganze Wirtschaftsleben aufs tiefste erschüttert wird.

Denn Kohle und Eisen sind die Träger jeder Erzeugung. Erhöhung ihrer Preise zieht die Preissteigerung aller Erzeugnisse nach sich. Und nicht nur Erhöhung um den Betrag der Kohlen- und Eisenpreissteigerung, sondern vermehrt um den in allen Stadien des Produktionsprozesses hinzutretenden Unternehmerprofit, dessen Erhöhung in der Zeit des Warenmangels kaum nennenswerten Hemmungen begegnet.

Denn diese Preissteigerungen sind selber in der letzten Zeit häufig nicht nur von den „Arbeitsverweirern“ in den Arbeitsgemeinschaften gebilligt, sondern mit ihrer Hilfe beschlossen worden. Die Unternehmer, die, wie die „Kölnische Zeitung“ am 2. Dezember schrieb, nach dem Zusammenbruch des Krieges „vor einem Trümmerfeld ihrer ganzen Existenz standen, und nun noch einem neuen Fundament suchen mußten, auf das die Wirtschaft vielleicht wieder aufgebaut werden konnte in einer Weise, daß auch das Unternehmertum als solches weiterbestehen konnte, und nicht in der drohenden allgemeinen Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution hingeworfen würde“, haben und fanden diese Hilfe in der Bildung der Arbeitsgemeinschaften mit den Gewerkschaften. Ihre Hoffnungen sind voll in Erfüllung gegangen. Die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften haben sich nicht nur der Verschleierung der Massen gegenüber schuldig gemacht, sondern sich auch in vielen Fällen durch die Vertretung engstirniger Berufsinteressen und Kurzsichtigkeit der allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft zu Versäßen gegen die Staatsgewalt und zu Preissteigerungen gebrauchen lassen, deren Folgen eine schwere Schädigung der Interessen der Gesamtarbeiterschaft darstellen.

Die Verschleierung der Lebenshaltung aller Nichtwohnenden durch die Preissteigerungen für agrarische und industrielle Erzeugnisse aber wird wesentlich verstärkt werden durch die jetzt von der Nationalversammlung beschlossene Umsatzsteuer, die dem Reich eine neue Einnahme von vier Milliarden Mark bringen soll, deren Belastung des Verbrauchs aber wesentlich über diesen Betrag hinausgehen wird. Niemals ist eine laufende Steuer von ähnlichem Umfang und ähnlich verhängnisvollen Wirkungen für die Lebenshaltung der Massen bewilligt worden. Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer, belastet daher die Verbraucher in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit und wird die Preise aller Waren gewaltig steigern, ohne daß sich die Kräfte der Wirkung dieser Steuer zu entziehen vermögen.

Unter diesen Umständen ist der Beschluß des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft, nur die Belastung der Arbeiter durch die neue Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise durch eine Lohnerhöhung auszugleichen, durchaus unvollkommen. Die Arbeiterklasse, wie überhaupt alle emporstrebenden Schichten, können die mit Sicherheit einsetzenden Preissteigerungen aller Erzeugnisse nicht tragen ohne ausbrechende Erhöhung ihres Einkommens. Denn nicht die Verelendung der Arbeiterschaft bis zur Un-

erträglichkeit gesteigert werden soll. Sie darf aber nicht verbunden sein mit neuen Preissteigerungen. Sie muß erfolgen auf Kosten des Kapitalprofits.

Das aber ist gegenwärtig nicht der Fall. Lohnerhöhungen sind meistens ein gutes Geldstück für die Unternehmer, da sie dadurch zu Preissteigerungen Gelegenheit haben, die ihren Profit vermehren. Daher die ausfallende Tatsache, daß Lohnerhöhungen gegenwärtig freiwillig gewährt werden, daß Unternehmerorganisationen und Unternehmerblätter warm für sie eintreten. Das Steigen des Unternehmerprofits bewirkt, daß sich trotzdem die Lage der Arbeiterklasse dauernd verschlechtert. Neben dem Kampf um die Lohnerhöhung muß deshalb mit verstärkter Kraft der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Sozialisierung geführt werden.

Anklage Kriegsgefangene und russische Landsknechte.

Herr Hermann Müller, Reichstagsmitglied des Ausschusses, der einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ erklärt, daß es nicht an der deutschen Regierung liege, wenn die in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen bisher nicht beurlaubt worden seien. Es sei in Russland keine Regierung vorhanden, die von Deutschland anerkannt sei. Es bestehe die Gefahr, daß die Gefangenen in die Armeedienst als Kämpfer gegen Sowjet-Russland eingereicht werden. Dagegen meint Herr Müller, daß die in Russland sich noch befindenden deutschen Kriegsgefangenen jetzt auf dem Landwege beurlaubt werden können.

Dann befragt er sich mit der Erklärung Kwaloffs über die gute Aufnahme der russischen Landsknechte aus dem Baltikum in Deutschland. Er nannte dessen Aussage eine bodenlose Frechheit. Kwaloffs Beize seien auf Befehl der Entente in einem deutschen Gefangenenerlager interniert worden. Die deutsche Regierung habe das größte Interesse, daß sie sobald wie möglich aus Deutschland wieder vertrieben werden.

Herr Müller ist also so ängstlich um die Sowjetregierung besorgt, daß er die Gefangenen nicht freilassen will, weil sie zu den Truppen des Reichs gerechnet werden könnten. Die Landsknechte Kwaloffs dagegen will er sobald wie möglich wieder freilassen, damit sie sich den russischen Gegenrevolutionären wieder anschließen können. Ein seltener Widerspruch: er entspringt dem ständigen Vorhaben der deutschen Regierung, von der Sowjetregierung die Heimkehr der deutschen Gefangenen zu erlangen, ohne daß Deutschland sich zu Gegenleistungen verpflichten soll. In ihrer Absicht gegen die Sowjetregierung unterwirft die deutsche Regierung alle gegenrevolutionären Bestrebungen in Russland, sie weiß genau, daß die russischen Kriegsgefangenen gar nicht daran denken, sich an dem Kampfe gegen Sowjet-Russland zu beteiligen.

Dabei ist die Lage ganz klar. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, die russischen Kriegsgefangenen endlich freizulassen. Wenn der Bundesrat nach Sowjet-Russland frei ist, so muß es ein leichtes sein, sie der Sowjetregierung zuzuführen, was ohne Zweifel der gewaltigen Mehrheit der russischen Gefangenen entspricht. Die deutschen Landsknechte dagegen sind nach völkerrrechtlichen Grundsätzen zu behandeln, sie müssen in Deutschland einmündig und interniert bleiben, bis der Kriegszustand in Russland zu Ende ist. Von dieser harten Zwangsmaßnahme will sich freilich die deutsche Regierung durch aßerhand Umschlagungen drücken und erreicht damit nur, daß sich auch die Heimkehr der deutschen Gefangenen aus Russland immer weiter hinauszieht.

Wie es ist.

Die Postkarte der Reichswehrkommandos, in die Rasemen und andere und kommunistische Zeitungen zu bringen, mehrten sich. Es liegt ein solches System darin. Vielleicht geschieht es unter freier Hand. In Halberstadt ist durch Wachtmeister vom 17. Dezember in Ausführung der Verfügung des Reichswehrkommandos I vom 11. November 1919 die Durchführung folgender Bestimmungen in die Kasernen verordnet worden: 1. die „Freiheit“, 2. die „rote Fahne“, 3. „Kampfbanner“, 4. „Nachschub der Tagesblätter“, wegen seiner beherrschenden Stellung gegen die Reichswehr (insbesondere d. H. S.), 5. die „Wachtel“. — Das „Halberstädter Tagesblatt“ ist ein rechtssozialistisches

Blatt. Daß es auch mit auf den Index gesetzt ist, ist bezeichnend. Es habe auch manchmal, gezwungen durch allzu laute Beschuldigungen, eine Wappe robliert. Nun muß es das Regiment seines Kosks am eigenen Leibe spüren.

Agrarier-Freiheit.

Zu dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft wegen der Gewährung von Prämien an die Bondwirte für die Ablieferung von Brot und Kartoffeln die Löhne zu erhöhen, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Art, wie sich hier die Zentralarbeitsgemeinschaft verhält, von sich aus die Schraube ohne Ende der Lohnerhöhungen in Bewegung zu setzen, muß zum mindesten stark befreunden, namentlich angesichts der unklaren und auch der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht verborgen sein sollenden Tatsache, daß die Aufwendungen für die Ertragsbeschaffung im Gesamtbudget des einzelnen nur eine höchst untergeordnete Rolle spielen.“

Diese Freiheit ist doch wirklich nicht zu überbieten. Die Agrarier, die über ihre eigene angebliche Notlage das ganze Jahr jammern, entfallen hierin ihr wahres Geiz. Ihr Ziel ist die absolute Verelendung der Arbeitermassen. Denn die „höchste untergeordnete Rolle“, die angeblich die Prämienvergütung für Brot und Kartoffeln für den einzelnen Haushalt spielt, macht in Wirklichkeit bei einer fünfköpfigen Familie möglicherweise 6 Mark, also jährlich 612 Mark aus.

Stimmen in der Wüste.

Die regierungsozialistische Chemnitzer „Volksstimme“, die einst unter Kosklicher Führung zu Vandalen ging, und für alle deutlichen Kriegsbrutalitäten eine beschönigende Geste fand, kommt scheinbar doch allmählich ein gelindes Erwachen vor den Toten ihrer einstigen Chefs wie der übrigen Rechtssozialisten in der Regierung. In einer Polemik gegen ihr Brudersblatt in Hannover, den „Volkskrieger“, schreibt sie:

„Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob die 50 000 Mann im Baltikum in der Hand von Rebellen, die als Räuber zu allem entschlossen waren, Wespenstiche abzulassen oder ob die Gewehr- und Maschinengewehre auf den Wäldern und Bauernschaften von Geißlern bedient werden. Die von der Regierung auf das Land geschickten Lebensmittelkommissionen haben des Bitteren recht deutlich berichtet, daß diese „Geißler“ versucht schnell den Finger am Abzug haben.“

Weiter zitiert sie sich selbst nochmals mit den Worten, die den Unwillen ihrer hannoverschen Kollegin fanden. Sie lautet:

„Es wäre an der Zeit, in der Organisation und der Parteipresse wieder einmal grundsätzliche Stellung zu der Frage zu nehmen, was wir als Sozialdemokraten eigentlich wollen. ... Rücksichtnahme auf die vernünftigen Bedürfnisse unserer Genossen in der Regierung ist notwendig. Bisher auch stets von allen offiziellen Instanzen der Partei im weltgeschichtlichen Maße geübt worden, aber diese Rücksichtnahme findet eine Grenze da, wo die wichtigsten Interessen des sozialistisch orientierten Proletariats in Gefahr geraten.“

Der hannoversche „Volkskrieger“ hatte dazu gemindert, daß die Chemnitzer „Volksstimme“ prompt:

„... Die Förderung und Aufhebung des Belagerungszustandes freilich die der Mittelklasse der abfallt, und siehe da: in Berlin war man einseitiger und hob den Belagerungszustand auf. Weiter: Die reaktionäre Gefahr sei doch nur Angst vor der eigenen Garage, so las man im „Volkskrieger“. Drei Tage später rief der Parteivorstand den Genossen zu, sich durch Eintritt in die Einwohnerwehren in den Besitz von Waffen zu setzen, und zehn Tage später erhielt der Parteivorstand unter Verächtlichkeit der Gefahr der Gegenrevolution ein sehr starkes Mandat schreiben an die Parteipresse, wobei wir die Stelle, die sich an einen Text der Parteipresse wandelt, dem Genossen A. zum Studium empfehlen. ...“

An einer kleinen Wüstenlese reaktionärer Tatsachen beweist die Chemnitzerin weiter das Versinken der gegenrevolutionären Elemente in der Revolutions- und ruft schließlich ihre regierenden Freunde folgendermaßen zur Ordnung:

„... Es gibt sicherlich Leute auf dem rechten Flügel der Partei, die sich hart an der Verwallung bewegen, die den Wünschen von dem Bürgerlichen schmeicheln. Ihnen ist die momentane Regierungsgestaltung der Sozialdemokratie so wertvoll, daß sie

Der Weihnachtsbaum.

Von A. Dostojewski.
(Übersetzt von Dr. M. Kell.)

Ein kleiner Knabe von vielleicht sechs Jahren oder noch weniger erwachte eines Morgens in einem feuchten und kalten Keller. Nichts trug er am Körper als ein geschliffenes Röschchen, so daß er vor Kälte zitterte. Bei jedem Atemzug kam aus seinem Munde weißer Dampf, den er schließlich, sich im Winkel auf seinem Koffer langweilend, abschließend ausstieß, um sich zu wärmen, wie er sich in der Luft zerstreute. Wenn er doch nur etwas zu essen gehabt hätte! Schon mehrere Male seit dem frühen Morgen war er zur Pflanze getreten, wo auf lächerlich dünner Streu und einem Bündel, das ein Kopsfisch vorstellte, saß, seine Mutter krank lag.

Wie war sie mit dieser Krankheit? Wahrscheinlich kam sie durch kalten Regen mit ihrem Jungen aus einer anderen Stadt. Sie war und war dann plötzlich erkrankt. Die Kammerfrau des kleinen Bekleidungsstückes hatten sich gegenseitig — war doch heute Feiertag! — in alle vier Winde gerufen. Nur ein Lumpenknäuel war noch geblieben, der, unter Vorwegnahme der Pestfründe, bereits seit 24 Stunden herabgefallen betrunken dalag, und aus wieder einer anderen Ecke kam das Gedächtnis einer glücklichen Alten. Chemnits Niederfrau in großen Hörsen, mußte sie nun die letzte Wegstrecke einsam und hilflos zurücklegen. Dem Knaben ward ganz Angst, wenn sie ihn so ansehnte und brummte, — er traute sich schon gar nicht mehr in ihre Nähe. In trunkenen Haften er drücken im Flur irgendwas gefunden, aber kein bißchen zu essen, und wußt zum zehntenmal schon ging er seine Mutter zu suchen. Schließlich wurde es ihm unheimlich so im Dunkeln: schon lange war der Abend herangebrochen, aber Licht machte kein Mensch.

Als er das Gesicht seiner Mutter berührte, wendete er sich, daß sie so unendlich und toll wie die Wand neben ihr dalag. „Hier ist aber auch gar so kalt“, dachte er. Noch ein Weibchen dachte er, wobei seine Hand wie verloren auf der Brust der Toten lag, dann hauchte er auf seine Fingerringe, um sie zu wärmen, griff nach der Nüße und verließ bequämlig tapend den Keller. Er wäre wohl schon früher gegangen, hätte er sich nicht so sehr dem großen Hund im Treppenhause gefürchtet, der

den ganzen Tag über dort vor der Tür des Hofes geheult hatte. Aber nun war der Hund weg und er mit einem Schrei auf der Straße. Gergott, war das eine Stuhl! Noch nie hatte er etwas Ähnliches gesehen. Da, von wo er herkam, ist es bei Nacht völlig finster, eine einzelne Laterne brannte dann nur auf der ganzen Straße. Die niedrigen Holzhäuser lagen dicht mit Fensterscheiben verbarrikadiert; auf der Straße aber, kaum daß sie dunkel ist, keine Menschen mehr anzutreffen. Alles still sich dann in der Wohlgeborgenheit des Hauses. Aus ganzen Häufen von Hundens gibt's, die dann heulen, ihrer Genderte und Tausende toben und heulen die ganze Nacht hindurch. Aber dafür war es dort jedenfalls warm und er bekam zu essen. Hier bogegen, o Gott, hätte er nur was zu essen! Und welche ein Gedanke und Lärm eingang, wieviel Licht und Menschen und Pferde und Wagen, und diese entsetzliche Kälte! In Dampfwolken gehüllt, traben die Pferde daher, auf dem trodenen Schnees flingen ihre Quersellen hell gegen das Pflichter, und alles löst und drängt. ... Weit, wenn er nur einen Bissen zu essen hätte, und wie noch tun könnte die kleinen Finger!

Da ist wieder so eine Straße, nein, ist die aber breit! Hier muß man ja stolpern werden! Wie alles schreit, dann und hallt, und wieviel Licht, wieviel Licht! Was ist dann das? Was für ein Riesenschiff und dahinter ein Zimmer und drinnen ein Baum, der bis zur Decke reicht. Das ist ja ein Weihnachtsbaum, und wieviel Blitze, er trägt, und goldenes Silber und Kerzen, und rings um ihn liegt alles voll Puppen, kleinen Pflänzchen, und durch das Zimmer laufen Kinder, gepußt und blühauer, — sie lachen und spielen, essen und trinken.

Da hängt auch gerade ein Mädchen mit einem Jungen zu tanzen an, wie toll die ist und da ist ja auch Musik, wenn dann's deutlich durch die Scheiben hört. Die großen Augen stellt der Knabe etwas und haucht schon will er lächeln, — aber da schmerzen wieder die kleinen Fehen und die Finger werden feuerrot. Ganz heiß sind sie schon und die kleinste Bewegung tut weh. Und plötzlich merkt der Knabe, wie Hände und Füße noch tun, er fängt zu weinen an und läßt weiter. Gleich aber still er wieder durch ein anderes Fenster, — auch da sind Weihnachtsbäume und auf den Rücken sieht er Pasteten und Kuchen, — tausendfältig mandelartige, rote, gelbe, und vier seine Damen sitzen da, und jedem der hereinkommt geben sie von allem. ... Die Tür geht

ständig auf und zu, eine Menge Menschen sind schon zu ihm auf die Straße getreten. Der Knabe schlich sich heran, öffnete die Tür und trat ein. Himmel, wie man auf ihn einstrahlte und ihn umwinkte, er lachte wieder gehen. Eine der Damen trat rasch zu ihm, ludte ihm eine Kapsel zu und drückte gleich leicht die Tür auf die Straße. Der Knabe aber wollte ihm fort und hinterließ die Stufen froh: er konnte ja keine roten Fingerchen nicht krümmen, um sie festzuhalten. Am liebsten fing er wieder an zu weinen, aber jetzt ist noch die Angst zu allem dazu gekommen. Er zu rennt und rennt er und haucht dabei auf seine Finger. Verzweiflung packt ihn, so verstanden fällt er sich plötzlich und schreit.

Was noch gibt's denn da? Nicht gebirgt noch da die Leute und gehen. Am Fenster hinter der Scheibe sieht er drei kleine Puppen, grün und rot angezogen — ganz genau, als ob sie lebendig wären. Ein altes Männchen, dunkel und edel, trat auf einer größeren Weise, die beiden andern Puppen auf kleineren und alle drei rufen mit dem Mädchen, das im Takt ihre Rippen bewegen ließ. Sprechen, ja sprechen wirklich nicht — hören kann man es hinter der Scheibe freilich nicht. Plötzlich merkte er, wie jemand ihn von hinten zupfte: da stand ein Engel neben ihm und verlichte ihm plötzlich eins gegen den Kopf und rief ihm die Nähe fort. Der Knabe fiel zu Boden. — Gleichviel ringdum — er springt auf und läuft und läuft, weißt er selber nicht, bis auf einen stunden Hof, wo er sich hinter Holzstöße niederläutet: „Hier spürt man mich nicht auf, und dunkel ist's auch.“ Da haucht er nun magt vor A. gilt immer zu atmen, und plötzlich, ganz plötzlich, wird ihm so wohl: Hände und Füße hörten plötzlich auf, weh zu tun, und warm wurde er, so warm wie an einem Ofen.

Wie schön es sich hier schließt! „Hier liebe ich ein bißchen und sehe mir dann wieder die Puppen an“, dachte der Knabe und lachte in Erinnerung an sie: „es war ganz, als ob sie lebten.“ Und plötzlich sah er ihn, daß über ihn gebogen seine Mutter ein Liebes anstimmte: „Mutter, ich schlaf, ach, wie schön es sich hier schließt!“ „Nimm mit mir zu meinem Baum, Knabe“, flüsterte über ihn plötzlich eine laute Stimme. Er dachte anfangs, daß das alles seine Mutter sei, aber nein, sie war es nicht. Er sieht nichts, aber jemand deutet sich zu ihm herab im Dunkeln und streckt ihm seine Hand hin und da, plötzlich, o welche Gelle! O, was für ein Baum! Das ist kein

über den Klassenkampf entweder vergessen oder fast ver-
wässert haben. Wenn es von unten her Dampf groß, hopen sie
sich Waite in die Chören und treiben Vogel-Stranz-Politik. Die
unabhängige Rolle einer Regierungspartei ist in ihnen
jede gesunde und gerechte Kritik. Will man die
Eckung der regierenden Klassen zur Partei präparieren, so
braucht man nur auf das Wort unfederes etiam Debel zurückzu-
greifen, daß die Führer der Partei und nicht die
Generale und Kommandeure sein dürfen. . . .

In die gleichen Kerbe bauen auch seit einiger Zeit die
regierungsfeindlichen Organe „Schleswig-Hol-
steinische Volkszeitung“ in Kiel, die „Volks-
wacht“ in Breslau und hin und wieder auch das „Pre-
mer Volksblatt“ sowie das „Freiburger Blatt“. Aber sie stehen allein und können den Zusammenbruch ihrer
Partei nicht aufhalten. Auf Weid und Verdor sind die
regierenden Klassenpolitiken mit dem Bürgertum verbun-
den. Erst wenn die Rolle der rechtssozialistischen Partei-
mitglieder das betrifft hat und Wandering schafft, wird
die Partei eine andere Politik treiben können.

Die Niederlage des deutschen Heeres.

Wir veröffentlichen in unserer Dienstag-Abendaus-
gabe ein geheimes Schriftstück aus dem Militärkabinett,
datiert vom 21. Oktober 1918. In diesem Schriftstück
wurde mit wenigen Zeilen der Nachweis erbracht, daß die
Niederlage der Gegner seit Anfang August
1918 dem deutschen Heere einen Schlag nach dem anderen
beibrachte und es andauernd zum Rückzug zwang, wobei
schon zehntausenden Gefangenen die Quantität der
schweren Artillerie verloren ging. Die Verluste
konnten nicht weitgeschätzt werden, da aus der Heimat Er-
satz nicht mehr zu beschaffen war. Die Truppen waren
andauernd in die härtesten Kämpfe verwickelt, hatten
keine Zeit zur Erholung und konnten, müde und abge-
kämpft, weiteren Angriffen nicht mehr standhalten, so daß
die Frage des Waffenstillstandes immer dringender wurde.
Aus rein militärischen Gründen ist also die
Niederlage hervorgerufen worden.

Das Dokument ist der reaktionären Presse natürlich
sehr unangenehm in die Quere gekommen. Es erstörte
reißend das Märchen, die Front sei „von hinten durch-
brochen“, jenes Märchen, mit dem die Nationalisten
hantieren gehen, um die Ursachen der Niederlage, die allein
auf ihr Schuldkonto zurückzuführen, den Revolutionsparteien
zuguzurechnen, in der sichereren Hoffnung, dabei ein
politisches Geschäft machen zu können. Und sie finden in
der Tat unter den Denkfähigen mancherlei Stübige.
Wie unglücklich sie aber in ihrer Beweisführung sind, beweist
ein Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“, geschrieben
von dem alldeutschen Ubradmiral Ernst Reventlow.
Der Schreiber verneint zuerst die Wirkung des Dokuments
dadurch abzuwickeln, daß er die politische Unvergleichlichkeit
des Verfassers anzeigt und dabei insbesondere eine
große Reue nach dessen Namen an den Tag legt. Wir
haben keine Ursache, die Wichtigtorei des alldeutschen
Seemilitärs zu befriedigen, und das um so mehr, als die
Echtheit des Dokuments nicht angezweifelt werden kann
und die Feststellungen im übrigen durchaus nichts Neues
sagen, vielmehr nur das bestätigen, was jeder Kenner der
Verhältnisse schon lange wußte. Seltlich die Tatsache, daß
das Dokument von autoritativer Stelle stammt, gibt ihm
keine große Bedeutung. Sie zeigt, daß die Militärs erst
nach der Niederlage das Märchen vom Dolchstoß von hinten
erfanden, daß sie aber vorher Einsicht genug besaßen, den
Zusammenbruch lediglich auf militärische Ursachen zurückzu-
führen, und auch aus diesen Gründen, wie z. B. Luden-
dorff, die Regierung ansprechen, kleinsten Frieden zu
wählen.

Herr Reventlow ist im übrigen eisensternig genug, an
der alldeutschen Lüge festzuhalten. Er behauptet sogar, das
Dokument bestätige die Behauptung, daß die Front von der
Seit im Stich gelassen worden sei. Denn diese habe den
abgekämpften Truppen keine Unter-
stützung mehr zukommen lassen. Wir wissen nicht, wie
sich Herr Reventlow diese Unterstützung vorstellt. Meint
er damit die alldeutsche Lügenpropaganda, so
hat es daran, dank des väterlichen Unterrichts, bis in
die letzten Tage des Kampfes nicht gefehlt. Schließen

wöhnlicher Weihnachtsbaum! Wo ist er nun? Ein Strauß, ein
Schimmern, und ringum soviel Cuppen — oder nein, das sind
alles Knaben und Mädchen, aber strahlend hell; alle drängen sich
um ihn, lassen ihn, führen ihn mit sich und sie und er selbst
liegen. Und er sieht, wie seine Mutter auf ihn blinzelt selig
lacht. — Mutter, Mutter! Ach, wie schön ist es hier, Mutter!
ruft ihr der Knabe zu und von neuem herzen und lassen sich die
Kinder. — Wer seid ihr, Knaben? Und ihr, Mädchen? fragt er.
„Das ist der wahre Weihnachtsbaum“, antworten sie ihm. Er streckt
für die kleinen Kinder, die seinen eigenen Baum zu Hause
haben. . . . Und er erfährt, daß alle diese Knaben und Mädchen
Kinder wie er waren. Die einen waren noch in ihrem Kindergarten
erzogen, in denen man sie ausgespielt hatte vor der Tür eines der
vielen Berliner Arbeiterwohnstätten. Die anderen haben im
Hinterhaus oder, in der Zeit der semantischen Düngezeit, an der
Schleife Brust ihrer Mütter. Wieder andere waren in den Ab-
teilen dritter Klasse an der Stadluft zugrunde gegangen, und doch
waren sie alle jetzt hier, alle waren jetzt Engel geworden. . . .
Und die Mütter aller dieser Kinder sehen dort, im Hintergrunde,
und meinen; jede erkennt ihren Sohn oder ihre Tochter. Sie aber
liegen dabei zu ihnen und lassen sie, wissen ihnen die Tränen
ab mit ihren Händen und bitten sie, nicht länger zu weinen, —
„Nun sei jetzt so wohl. . . .“

Am andern Morgen aber fanden die Hausknechte unten im
Dose hinter den Holzstößen den kleinen Leichnam eines erstorenen
Knaben. —

Zum Besten des Waldhina-Ausbau-Fonds registrierte Gen. E.
Deutscher im aufbehaltenen Pläthner-Saal aus Wibel, Herr-Hoff-
mann, Winkler, Dergl. An die Größe der Vögelwelt reichte seine
Kraft (zumal sie an diesem Abend durch Keuperschleifen gekümmert
schien) nicht heran; diese Dinge gehören nicht in den Konjunktural-
und sind mit rein (sachlichen) Mitteln nicht zu bewältigen.
Wiel besser müßte es, wie er eine kleine Skizze von Heral an-
spruchlos vorbringt. Am eindrucksvollsten sprach er eine Dichtung
von Winkler, „Das letzte Wort“ genannt, in der Wibel seine ganze
Wahrnehmung über das verlorene Geschick dieser Zeit hinaus-
schickte. Am Schluß las Deutsch eine Szene aus „Lafoss Traum“
von Herr-Hoffmann. Das Publikum war dankbar und spendete
seinen Beitrag.

Neßen sich damit aber nicht gewinnen, denn die Truppen
warfen sich nicht gegenseitig an den Hals. Die Phantasien an den
Kopf, sondern es wurde geschossen, und zwar ziemlich heftig.
Und in dieser Hinsicht kamen die Deutschen nicht mehr mit.
Nicht nur, weil es ihnen an Menschen fehlte, die die
Schüsse abgaben, sondern auch an Schießmaterial,
und nicht zu vergessen: an einer überlegenen
militärischen Führung.

Verurteilung für Kriegsverbrechen. Das französische
Schwurgericht des Kriegsverbrechens Gebietes von Amiens,
hat den deutschen Industriellen Robert Kochling aus
Saarbrücken, weil er angeblich im besetzten französischen Ge-
biet Fabriken niedergelegt hat und Material requiriert, zu
10 Jahren Zuchthaus und 10 Millionen Franken
Entschädigung verurteilt. Sein Bruder Hermann
Kochling, dessen Verhaftung die Amerikaner verhindert hätten,
weil er Mitglied der Waffenstillstandskommission gewesen sei, ist
in Abwesenheit zu der gleichen Strafe verurteilt worden.

Erhöhung der französischen Steuern. Der französische
Finanzminister Klotz hat am 21. Dezember in der Budget-
kommission angekündigt, die Steuern wählten durchschnittlich
um 50 Prozent erhöht werden.

Die Sozialisten in der argentinischen Kammer wurden durch
Störungen bei den Abstimmungen und durch sonstige Obstruktion
die Annahme der Gesetzgebungen zu verhindern, durch welche den
Alliierten Kredite für Getreidekäufe in Argentinien eröffnet
werden sollen.

Aufhebung der amerikanischen Eisenbahnzentrale. Durch eine
Votum des Senats wird ab 1. März 1920 die Zentrale der
amerikanischen Eisenbahnen an die Gesellschaften überlassen.

Die amerikanischen Eisenbahnen und Verkehrsunternehmen
wurden bekanntlich seit Amerikas Eintritt in den Weltkrieg unter
staatliche Kontrolle gestellt. Ihre Rückführung in den Besitz der
Gesellschaft steht in nächstem Widerspruch zu dem Willen der
Eisenbahnarbeiter und Angestellten, die sich wiederholt für die
Nationalisierung der Bahnen ausgesprochen.

Aus aller Welt.

Schwasser in Süddeutschland.

In den letzten Tagen ist besonders in Württemberg
hartes Hochwasser eingetreten. In Schorndorf ist ein Zug
der Nebenbahn nach Weilmünster infolge von Untergründung des
Bahnkörpers durch die Meise entgleist. Die Strecke bleibt mehrere
Tage unbenutzbar. Auch die Nebenbahn zwischen Schorndorf
und Schillach ist durch das Hochwasser der Meise außer Betrieb
gefallen. Bei Schorndorf ist ein Arbeiter während der Ver-
gärungsarbeiten ertrunken. Bei Cannstatt hat der Räder-
die Schiffbrüche der Dampferwerke wochenlang. In Gail-
dorf ist eine Korbbrücke dem Hocher zum Opfer gefallen. Die
Wasserläufe der Württembergischen Weichsel bei Württemberg wurden
durch die Wogen schwer beschädigt. Auch die Eng bei großen
Schäden anrichtet, besonders in Remsbühl. Viele Schiffe,
besonders im Schwarzwald, haben große Verluste an Holz er-
litten. An Dampfern von Orten wurde die Feuerkraft am
Heiligen Abend zur Vergangung von Mensch und Vieh aufgegeben
werden. Am Laufe des ersten Weihnachtstages fiel das
Hocher allenfalls rasch. Am zweiten Feiertag ist erneut harte
Schneefall eingetreten, der bei der milden Winterung weitere
Gefahr bedeutet. Auch das Hochgebiet der Donau führt Hoch-
wasser, doch ist dort wesentlich geringere Schäden entstanden.

Auch aus dem Elb- und Oder-Bezirk sind Nachrichten des
Oberlandes berichtet. In den Wäldern und
Schleichen ist die Ebene zwischen dem Rhein und der
Weserbahnlinie nahezu ein einziger See. In diesen
Dörfern sind die Häuser überflutet; vielfach mußten die Be-
wohner flüchten.

Gewerkschaftliches.

Politische Maßregelung oder Kündigung wegen Sabotage.

Die unter dieser Überschrift in Nr. 62 des „Vorwärts“
gemachten Ausführungen sind geeignet, insoweit der Darstellung
der P. V. R. in der unbestimmten Öffentlichkeit ein falsches Bild
zu schaffen. In der Tat ist die in der Werkstatt Braunwald
vergegenwärtigte Maßregelung ein erneuter Beweis dafür, welche
reaktionären Einstellungen in der Eisenbahnverwaltung nach wie
vor maßgebend sind. Die betreffenden Ausführungen der gemah-
regelten Kollegen sind in Betriebsversammlungen, die von der
Verwaltung genehmigt waren, erfolgt, die die Einführung von
sogenannten Kontrollauschüssen zum Zweck hatten. Selbstver-
ständlich muß der Kritik in einer demartigen Versammlung, in der
die Arbeiterklasse über eine Sache entscheiden soll, freier Spiel-
raum gelassen werden. Soll das nun eine Aufforderung zur
Sabotage sein, wenn von Arbeiterseite erklärt wird, daß sie kein
Interesse an der Erhöhung der Produktion haben, solange
es nicht verhindert werden kann, daß nur das Schicksal- und
Wohlfühlvermögen diese unsere Arbeit ausmacht? Welcher soll
man hierbei bedenken, daß das Richteramt der Verwaltung gegen-
über ein großes ist, da sie mit allen Mitteln danach strebt, das
bestmögliche Produktionsniveau wieder einzuführen. Man
sollte sich nur einmal in die Arbeiterklasse hineinversetzen, dann
würde man sich nicht wie das Ministerium auf juristische Ephe-
miden verlassen. Es kam hier nur gewissen Reellen darauf
an, die unheimlichen Kontrollauschüsse auf diese Art und Weise
aus der Welt zu schaffen, was ja die P. V. R. aber doch nicht ge-
wisse nicht erklären. Bezeichnend ist es auf jeden Fall, daß der
Minister sich allein die Entscheidung vorbehalten kann, sich aber
von der Arbeitervertretung nicht sprechen ließ. Ungehörige Ver-
handlungen über diesen Fall haben weiter nichts erreicht, als
daß wertvolle Arbeitskräfte verloren gegangen ist. Wo die so-
zialistische Sabotage liegt, werden die Kontrollauschüsse zu gegebener
Zeit feststellen, was selbstverständlich bereits jetzt von gewissen
Beheimateten unangenehm empfunden wird, weshalb sie nicht
schonlicher wünschen, als daß die Kontrollauschüsse wieder in der
Verwaltung verschwinden mögen.

Zum Streik in den Dampfwaldwerken.

Die zweite Versammlung der streikenden Arbeiterinnen und
Arbeiter der Dampfwaldwerke, welche am Dienstag in den
Sophien-Sälen stattfand, gestaltete sich gleich der ersten zu einer
gewaltigen Solidaritäts-Ausübung. Nachdem Vertreter der
Schneider sowie des Dampferarbeiter-Verbandes und der Streik-
leitung Bericht über die allgemeine Lage erlassen hatten, wurde
in geheimer Abstimmung festgestellt, daß die Arbeiterinnen und
Arbeiter gewillt seien, den Kampf weiter zu führen. Das Ge-
schick war: 1208 Stimmen für, 11 gegen den Streik. Es muß
bemerkungsfähig werden, daß die Zahl der Streikenden be-
deutend gewachsen ist; denn es kommen jetzt einige hundert
Stimmen in Form von Gegenüber der ersten Abstimmung vor
14 Tagen, und zwar die der Arbeiterinnen und Arbeiter der
12 Firmen, welche die neuesten Forderungen schon bewilligt
haben. Ein solches Bild der Solidarität kann es also kaum
geben, wobei nachfolgend zu berücksichtigen ist, daß es sich
hier um eine sehr jung organisierte Arbeiterklasse handelt. Aber
trotzdem wird auch sie bewiesen, daß sie sich zum Kampf

ihren Unternehmern nicht länger aufpassen und streiken
soll, nachdem doch bereits allerorts die Gerechtigkeit ihres Forder-
ungen anerkannt worden ist.

Man gab seiner Bereitwilligkeit zum weiteren Kampf im
Walden Waise Ausdruck, indem man sich voll und ganz der
Resolution anschloß, welche bereits am 16. Dezember 1918 mit
folgendem Wortlaut einstimmig angenommen wurde:

„Die am Dienstag, den 18. Dezember 1918, in Wäldern
stattfindende Versammlung der streikenden Arbeiterinnen
und Arbeiter der Dampfwaldwerke nehmen mit Entschiedenheit
die unantastbare, gemeinsame und unteilbare Kampfmethode der
Arbeitgeber zum Kenntnis. Sie verpflichten sich, gemeinsam
mit den Arbeitern und Mitarbeitern den Kampf bis zum endgül-
tigen Ende durchzuführen. Sie versichern, daß sie an ihren
Forderungen, die ihnen vom Schlichtungsausschuß durch
Schlichtung als Erfüllungsmittel zugewiesen worden sind,
festhalten und den Unternehmern bewilligen, daß sie nicht ge-
wollt sind, für das Kapital weiter zu hungern.“

Groß-Berlin.

Eigenmächtige Abschließung von Mietverträgen.

Auf Grund der Anordnung des Wohnungsverbandes
Groß-Berlin vom 6. Oktober 1918 steht nicht dem Haus-
besitzer oder Mieter, sondern ausschließlich dem Woh-
nungsbauamt das Recht zur Verfügung über freierwerbende Woh-
nungen und sonstige Räume zu. Die Mieter müssen daher
ausdrücklich zuvor gewarnt werden, in freierwerbende
Wohnungen einzuziehen, ohne eine Zustimmung durch das
Wohnungsbauamt oder einen vom Wohnungsbauamt genehmigten
Mietvertrag zu besitzen. Das Wohnungsbauamt hat auf Grund
der angeführten Anordnung das Recht, den Mieter, der
eigenmächtig von einer Wohnung Besitz genommen hat, aus
ihm sofort wieder zwangsweise zu entfernen, und muß im
Interesse einer gerechten Verteilung des so überaus knap-
pen Wohnraumes von diesem Recht nötigenfalls nachträglich
Gebrauch machen. Der Mieter würde gegebenenfalls
im nächsten Etage untergebracht werden. Es kommt
hierzu, daß nicht ausdrücklich dem Wohnungsbauamt ge-
nehmigte Mietverträge auch zivilrechtlich nichtig sind, so
daß aus ihnen weder Mieter noch Vermieter Rechtsansprüche
herleiten können, und daß Verträge gegen Anordnungen des
Wohnungsbauamts mit hoher Geldstrafe bedroht sind.

Um ein wünschenswertes Zustand der stehenden An-
ordnungen zu erreichen, bleiben von jetzt ab die Ge-
schäftsstunden des Charlottenburger Wohnungsbauamts Son-
abends für den Publikumsverkehr geschlossen.

Ein Mißverhältnis des Charlottenburger Magistrats.

Die Wohnungsnot in Charlottenburg, schreibt der
Magistrat, hat sich bis zur Unvergleichlichkeit gesteigert. Der
Magistrat Charlottenburg hat sich beunruhigt gesehen, in einer
Sitzung an das Reichsministerium und das Preussische Staats-
ministerium darauf hingewiesen, daß in Charlottenburg die bis
zur Unvergleichlichkeit gesteigerte Wohnungsnot zum großen Teil
dadurch hervorgerufen ist, daß hier eine verhältnismäßig große
Zahl von Wohnungen von Reichs- und Staatsbehörden sowie
Kriegsvereinigungen benutzt worden ist, gegenwärtig noch etwa
1000 Wohnräume, außerdem 41000 Quadratmeter gemeinliche
Räume. In keiner anderen Stadt sind im Verhältnis zu ihrer
Größe in solchem Umfang Privatwohnungen und Privathäuser
von Kriegsvereinigungen und Wehr- und in Anspruch genommen.
Seit über Jahresfrist bemüht sich der Magistrat, die Wehr- und
Kriegsvereinigungen wenigstens aus den Wohnungen heraus-
zubekommen. Alle Verhandlungen, auch durch Vermittlung des
Wohnungsamts und des Reichsministeriums, haben zu
keinem Ergebnis geführt. Infolgedessen ist der Magistrat im
Oktober dazu übergegangen, von seinem Wehrmachtverpflichtet Ge-
brauch zu machen und die in Wohnungen untergebrachten Wehr- und
Kriegsvereinigungen zur Räumung aufzufordern. Leider haben
Reichs- und Staatsregierung unterlassen, in der zur Verfügung
stehenden Zeit seit Beginn der Demobilisierung irgendwelche
wirksamen Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzräumen, etwa
durch Errichtung von Baracken, zu ergreifen. Ohne eine
Verpflichtung zu haben, hat der Magistrat sich aber selbst
bemüht, den zur Räumung der Wohnungen aufzufordern
Wehr- und Kriegsvereinigungen Ersatzräume nachzu-
weisen. Insbesondere ist hingewiesen auf das Landwehrregiment
Koslow, die Gebäude der Rennbahn Genuwald und die Aus-
stellungshallen, das Wirtschaftsgelände des Postämtes, sowie
schließlich auf die in großer Zahl zur Verfügung stehenden Kan-
zlei, Kinos, Bars und andere Vergnügungsorte, die ohne
Schaden für das öffentliche Wohl zur Unterbringung von We-
hr- und Kriegsvereinigungen in Anspruch genommen werden
können. Die städtische Verwaltung hat reichliche Erfahrungen
nicht nur nachzuweisen, sondern auch zur Verfügung gestellt, so
der Reichsregimentstelle das Landwehrregiment-Koslow. Die Ver-
einigungen der Stadt sollten aber nicht zu einer Entlastung der
Charlottenburger Wohnungen von Wehr- und Kriegsvereinig-
ungen, sondern im Gegenteil zu einer neuen Verlegung von We-
hr- und Charlottenburg. Unter Rückführung der vom
Magistrat ausgesprochenen Beschlagnahme und trotz entschiedenen
Einspruchs behielt die Eisenbahndirektion Bromberg das Land-
wehrregiment-Koslow für Daueranstellung. In ein anderes vom
Magistrat ferngenanntes Wohngebäude zog das Reichswehrregiment
ein. In anderen freigemachten Räumen stellte sich neu
eine Abteilung des Reichswehrministeriums ein. Diese In-
anspruchnahme freigemachter Räume durch neue nach Charlotten-
burg verlegte Wehr- und Kriegsvereinigungen unter Einspruch
des städtischen Wohnungsamts ist eine flagrante Verletzung des
Wohnungsbauamts zugehörigen und von ihr ausgehenden Wohnungs-
notvermeidung. Der Magistrat weiß auf die außerordentlichen Ge-
fahren der Wehr- und Kriegsvereinigungen weiteren Verdrängung der
Wohnungsnot hin. Auf dem Charlottenburger Wohnungsbauamt
haben sich seit Oktober etwa 3200 Wohnungsuchende ge-
meldet, darunter etwa 700, deren Bewerbungen als dringlich
angesehen werden mußten. In der letzten Zeit sind von Wohn-
suchenden Groß-Berlin dem Charlottenburger Wohnungsbauamt
440 Mißbilligungen und hierüber berichtete Besuche mit Wehr- und
Kriegsvereinigungen überreicht worden, zu deren Unterbrin-
gung der Magistrat nach Anordnung des Reichsministeriums
in erster Linie verpflichtet ist. Dieser erheblichen Nachfrage
steht ein Wohnungsangebot gegenüber, das praktisch gleich Null
ist. Das Charlottenburger Wohnungsbauamt konnte den Wohnungs-
bedürfnissen dieser nur die Aussicht auf die von den Wehr- und
Kriegsvereinigungen zu räumenden Wohnungen bieten. Diese
Aussicht ist durch die ausschließlichen wirtschaftlichen und recht-
lichen Maßnahmen der Staat- und Reichsregierung gesichert.
Die Staat- und Reichsregierung hat sich nicht bemüht, wie
Wehr- und Kriegsvereinigungen weiter in Wohnungen unter-
gebracht werden und die angelegten Wohnstätten zur Unter-
bringung dieser Wohnungen unangenehm werden, während meh-
rere 100 Familien in Baracken und sonstigen Baracken unter-
gebracht werden müssen und bis zu 100 Familien
wollen überhaupt keine eigene Wohnung finden können. Die
einstimmige Wahl der Magistrat auf die ersten Wehr- und
Kriegsvereinigungen hat die ersten Wehr- und Kriegsvereinigungen

